



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de

Wiesbaden, 23.10.2008

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 29. Oktober 2008, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt (höchstens 15 Minuten) -

Tagesordnung I

1. 08-A-16-0002
Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen
2. Genehmigung der Niederschrift vom 10.9.2008

3. Jahresgespräch 2008 mit dem Arbeitskreis der Behindertenorganisationen in Wiesbaden

ANLAGE

3.1. Unerledigte bzw. nicht abgeschlossene Vorgänge

3.1.1 04-A-16-0028

Umbau Landesmuseum in Wiesbaden

3.1.2 05-F-02-0050

Prioritätenlisten zur Barrierefreiheit in Wiesbaden

3.1.3 07-A-16-0011

Barrierefreier Zugang zu öffentlichem Filmvorführraum im Schloss Biebrich

3.1.4 07-A-16-0012

Barrierefreier Zugang im Zusammenhang mit Kauf und Sanierung des „Walhalla“ durch die Stadt Wiesbaden

3.1.5 07-A-16-0013

Fehlende Busanbindung in der Aukammallee

3.1.6 07-A-16-0008

ANLAGE

Drohender ersatzloser Wegfall von durch Selbsthilfegruppen genutzten Räumen und technische Strukturen im Gesundheitszentrum, Dotzheimerstraße

3.1.7 07-A-16-0009

Verkehrsberuhigung am Übergang von Theaterkolonnade zum Kurparkeingang. Gefährdung von Fußgänger und Rollstuhlfahrer durch schnellfahrende Pkw um die Ecke Christian Zais Strasse/Paulinenstrasse.

3.1.8 07-A-16-0006

Übernahme des - Leitfaden für unbehinderte Mobilität - als Empfehlungsrahmen für die Straßenbaubehörden in Wiesbaden

3.2 Neuvorgänge

3.2.1 08-A-16-0003

Taktiler Blindenleitsystem Ecke Dotzheimer / Schwalbacher Strasse
Das angebrachte taktile Blindenleitsystem an der Schnittstelle von zwei Fußgängerüberwegen und zwei lange Bushaltestellen erfordert eine Nachbesserung, wie mit Bauausführenden der Stadt besprochen und insoweit zugesagt. Die Beachtung der Empfehlungen des -Leitfaden für unbehinderte Mobilität- erfordert aber auch eine ausreichende Berücksichtigung des konkreten Umfeldes. Erforderliche Nachbesserung wurde seitens der Stadtplanung leider abgelehnt. Dies kann nicht akzeptiert werden.

3.2.2 08-A-16-0004

Übernahme der Ziele gemäß Hessischen Behindertengleichstellungsgesetzes ((HessBGG) auch für die Kommune Wiesbaden
Im Rahmen der Überprüfung des vom 20. Dezember 2004 in Kraft getretenen Gesetzes bittet der AK erneut die Stadt Wiesbaden folgender Prüfung und positiver Entscheidung nachzukommen.

Gemäß § 9 (Benachteiligungsverbot) Absatz (2) **haben die hessischen Kommunen zu prüfen**, ob sie im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten die Ziele des Gesetzes bei ihren Planungen und Maßnahmen umsetzen können. Um Unterstützung der Aufforderung, gerichtet an den Magistrat, wird gebeten.

3.2.3 08-A-16-0005

Fehlende automatische Türöffnung im Luisenforum, Parkgebäude
Eine einzige elektronische Türöffnung für Rollifahrer befindet sich in der Kirchgasse, Haupteingang. Es wird gebeten, dahingehend mitzuwirken, dass im Zugang zum Bürgerbüro der Landeshauptstadt, Gebäude mit Parkhaus, an der Dotzheimerstrasse eine elektrisch zu betätigende Türöffnung installiert wird. Entsprechende Kontakte und mögliche Versprechen, führten bisher nicht zum Ziel. In kalter Jahreszeiten, wenn die Türen nicht offen gehalten werden, ist dies besonders wichtig.

3.2.4 08-A-16-0006

Fehlende, beständig direkte Ansprechpartner für Neu- und Umbaumaßnahmen im Hochbaubereich der Landeshauptstadt
Bemerkung zu 1.1/ 1.3 / 1.4 / 1.7 / 2.1 / 2.3

Nach wie vor ist der Meinungsaustausch zwischen Verantwortlichen für Baumaßnahmen in der Landeshauptstadt und dem AK im Interesse der Belange behinderter Menschen strukturell unzureichend. Einzelne seitens AK angestrebte Kontakte reichen nicht aus. Besonders auffällig ist dies bei Baumaßnahmen privater Investoren, wie Luisenforum, City Passage, Liliencaree und andere zahlreich anstehenden Baumaßnahmen von besonderer Bedeutung. Hier dürfte ein regelmäßig sich treffendes Gremium mit Vertretern der Bau- und Planungsverantwortlichen seitens der Stadt und Investoren zusammen mit den

Behindertenorganisationen, AK, erforderlich sein. Um Unterstützung zur Installation eines solchen Gremiums wird gebeten.

3.2.5 08-A-16-0007

Eingliederungshilfe auch für Schulabgänger

Die Schulen für Praktisch Bildbare und die Schule für Körperbehinderte der Landeshauptstadt Wiesbaden nutzen die Möglichkeiten der Eingliederungshilfe, um Schülerinnen und Schüler erfolgreich an den Aktivitäten der Schule aber auch am Unterricht teilhaben zu lassen.

Zuweilen sind die Beeinträchtigungen sehr komplex und die Notwendigkeit einer Assistenzbegeleitung auch nach Beendigung der Schulzeit wird von schulischer Seite klar gesehen. Gerade zur erfolgreichen Eingliederung in die Arbeitsprozesse der Werkstätten wäre es gut, wenn hierzu Maßnahmen der Eingliederungshilfe auch gewährt werden könnten. Das wird derzeit ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund wäre es hilfreich, wenn die Verantwortlichen der Stadt mit Schulen und Werkstätten zusammensetzen könnten, um Lösungen für diese Problematik zu erarbeiten.

3.2.6 08-A-16-0008

Bestand und Entwicklung von www.wiesbaden-barrierefrei.de

Mit der Einrichtung der Webseite **www.wiesbaden-barrierefrei.de** und dem eigenständigen **Link –Arbeitskreis-** gewann die Arbeit für die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Landeshauptstadt ein vielfach nachgefragtes erfolgreiches und entwicklungsfähiges aber auch einmaliges Forum für die Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation der Arbeit für Menschen mit Behinderungen in Wiesbaden. Es finden zurzeit ca. 20000 Zugriffe im Monat auf die Seite statt mit stetig steigender Zahl.

Erfolge und Erfordernisse finden gleichermaßen Platz auf den Seiten. Insbesondere ist für die Mitglieder des Arbeitskreises (AK) die selbstständige und leichte barrierefreie Nutzung und Informationsgewinnung hervorzuheben. Das Content- Management -System ermöglicht die direkte Mitwirkung behinderter Menschen an der Bereitstellung von Informationen und der Gestaltung der Seite. Unter anderem sind Stellungnahmen und Veranstaltungskalender sowie Beschreibungen barrierefreier Einrichtungen in Wiesbaden inzwischen für den AK und somit Menschen mit Behinderungen in Wiesbaden unverzichtbar.

Der Sozialausschuss wird gebeten, die Arbeit politisch, auch im Sinne der Erklärung von Barcelona, zu unterstützen. Eine angestrebte Verknüpfung zu www.wiesbaden.de unter strikter Einhaltung der Selbstständigkeit von wiesbaden-barrierefrei.de ist anzustreben.

4. 07-F-25-0063

ANLAGE

Barrierefreie kulturelle Teilhabe behinderter Menschen
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 28.5.2008* -

5. **07-F-25-0019** **ANLAGE**

Prävention - Mobilität im stationären Altenpflegebereich
- *Bericht des Dezernates VI vom 14.10.2008* -

6. **08-F-25-0089** **ANLAGE**

Bedarfsgerechte Weiterbildung in der Altenpflege
- *Bericht des Dezernates VI vom 8.10.2008* -

7. **08-F-01-0082** **ANLAGE**

Ärztliche Versorgung in Wiesbaden
- *Bericht des Dezernates VI vom 6.10.2008* -

8. **08-F-25-0112**

Betreutes Wohnen für Senioren
- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und FDP vom 22.10.2008 -

In Wiesbaden sind dem Amt für Soziale Arbeit 667 Angebote für das Betreute Wohnen für ältere Menschen bekannt (Stand 6/2007)

Der Magistrat wird gebeten in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu berichten:

1. Wie hoch ist nach Kenntnis des Magistrats der Bedarf nach Angeboten für das Betreute Wohnen? Wird das bestehende Angebot für ausreichend angesehen, welche neuen Angebote sind nach Kenntnis des Magistrats geplant bzw. befinden sich im Aufbau?
2. Wie bewertet der Magistrat die bestehenden Angebote hinsichtlich der Qualität der angebotenen Serviceleistungen? Welche Verbesserungen sind aus fachlicher Sicht notwendig bzw. wünschenswert?
3. Sind dem Magistrat Beschwerden von Bewohnerinnen und Bewohnern von Angeboten des Betreuten Wohnens bekannt? Wenn ja, welcher Art sind sie?
4. Wie stellt der Magistrat sicher, dass ausschließlich seriöse Angebote des betreuten Wohnens vorhanden sind und ältere Menschen nicht durch unseriöse Verträge zu Schaden kommen?

9. **08-F-25-0032** **DL 43/08-1**

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren

10. 08-F-25-0068

ANLAGE

Umsetzung des Kindergesundheitsschutz-Gesetzes
- *Bericht des Dezernates VI vom 1.9.2008* -

11. 08-F-25-0113

Jugendleitercard (Juleica) in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90 /Die GRÜNEN und FDP vom 22.10.2008 -

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Personen in Wiesbaden sind Inhaber der Jugendleiter/-in-Card (Juleica)?
2. Wie viele sind gleichzeitig Inhaber einer Ehrenamtskarte?
3. Welche Vergünstigungen können mit der Juleica in Wiesbaden in Anspruch genommen werden?
4. Gibt es Überlegungen, weitere Vergünstigungen einzuräumen, sowohl im Hinblick auf städtische Einrichtungen als auch in Zusammenarbeit mit Dritten?
5. Unter welchen Voraussetzungen könnten die mit der Ehrenamtskarte verbundenen Vergünstigungen auch den Inhabern der Juleica gewährt werden?

12. 08-F-01-0098

Schulsozialarbeit ausbauen und die Finanzierung weiterentwickeln
- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.10.2008 -

Begründung:

Schulsozialarbeit ist eine erfolgreiche, das Unterrichtsangebot ergänzende, sozialpädagogische Konzeption zum Ausgleich sozialer Benachteiligung. Schulsozialarbeit ist somit eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Finanzierung und Verankerung der Schulsozialarbeit weiterzuentwickeln ist eine Herausforderung, der sich auch das Land Hessen stellen muss. In einer Pressemitteilung vom 03.06.2008 spricht Minister Banzer von „eine(r) gemeinsame(n) Verantwortung von Land und Kommunen (..), die auch am besten Hand in Hand zu lösen ist“ und bewertet die Übernahme von 1/3 der Kosten durch das Land als sinnvoll.

Dem Landkreis Waldeck-Frankenberg ist der Einstieg in dieses Modell gelungen, 1/3 seiner Personalkosten werden vom Land Hessen erstattet.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, Gespräche (ggf. in einer konzertierten Aktion mit anderen Kommunen) mit dem Hessischen Kultusministerium über eine stärkere Beteiligung des Landes an den Kosten der Schulsozialarbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden zu führen. Die Mehreinnahmen sollen zum Ausbau der Schulsozialarbeit an den Haupt- und Integrierten Gesamtschulen in Wiesbaden genutzt werden, die noch keine Schulsozialarbeit haben (Erich-Kästner-Schule, IGS Kastellstr., ggf. Berufsschulen)

Ziel der Gespräche sollte sein, dass die Stadt Wiesbaden (und andere) 1/3 ihrer Kosten vom Land erstattet bekommt.

13. 08-F-06-0054

Sachstandsbericht Lärmschutz im Kulturpalast
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) vom 22.10.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge zu folgendem Sachstand berichten:

Mit Beschlussnr. 0102 des Sozialausschusses vom 13. Juni 2007 (und Magistratsbeschluss vom 26. Juni 2007) wurde ein Bericht von Stadtrat Hessenauer vom 11. Juni 2007 zur Kenntnis genommen, nachdem es sinnvoll ist, Maßnahmen des Lärmschutzes im Kulturpalast zeitnah vorzunehmen, im Haushalt 2008 für solche Maßnahmen 70.000 € vorgesehen werden sollen und die Umsetzung vom Dezernat zum Jahresbeginn 2008 eingeplant werde.

Welche Maßnahmen wurden seit diesem Beschluss zum Lärmschutz im Kulturpalast durchgeführt?

14. 08-F-06-0053

Verfahren bei Krankenhausaufenthalten von SGB-II- und SGB-XII-Leistungsbezieher/innen
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) vom 22.10.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

Wie verfährt die Landeshauptstadt Wiesbaden bei Krankenhausaufenthalten von SGB-II- und SGB-XII-Leistungsbezieher/innen bezüglich einer eventuellen Kürzung des Regelsatzes für die Zeit der stationären Aufnahme?

Wie verfährt sie diesbezüglich bei Kindern?

Wie viele Personen waren ggfs. in den Jahren 2006 und 2007 von Kürzungen des Regelsatzes betroffen?

15. 08-A-16-0001

Bericht des Sozialdezernenten

16. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 08-V-51-0032 DL 30/08-5

Erweiterung der Kita Känguru, Welfenstraße, in Trägerschaft des IFB e. V.
- Freigabe von Mitteln -

2. 08-V-51-0045 DL 32/08-8

Erweiterung des Waldorfkindergarten "Fingerhütchen" e. V. um eine Krippengruppe
- Freigabe von Mitteln -

3. 08-V-51-0047 DL 32/08-9

Eröffnung einer Kindertagesstätte in Trägerschaft des Vereins "Kiki" e. V.
- Freigabe von Mitteln -

4. 08-V-51-0048 DL 32/08-10

Erweiterung der Kindertagesstätte der Ev. Versöhnungsgemeinde um eine Krippengruppe
- Freigabe von Mitteln -

5. 08-V-51-0049 DL 34/08-3

Eröffnung einer neuen Kindertagesstätte in Trägerschaft des Vereins Welfenwichtel e. V.
- Freigabe von Mitteln -

6. 08-V-51-0051 DL 42/08-5

Grundsicherung für Arbeitssuchende; Schaffung von zusätzlichen Planstellen

- | | | |
|------------|---|-----------------------------|
| 7. | 08-V-51-0056 | DL 41/08-6 |
| | Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II - Jahresbericht 2007 - | |
|
 | | |
| 8. | 08-V-51-0062 | DL 42/08-6 |
| | Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss | |
|
 | | |
| 9. | 08-V-51-0063 | DL 41/08-7 |
| | Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2007 | |
|
 | | |
| 10. | 07-V-80-8005 | DL 42/08-1, 37/07-12 |
| | Informationsstelle für Jugendliche und Schüler im Übergang zum Beruf | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender